

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Christa Luft und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/4030 –

Rückgang der Existenzgründungen

Die gegenwärtig schwache Konjunktur in Deutschland beeinträchtigt im hohen Maße die Zahl der Existenzgründungen. Im Januar 1996 registrierten laut Presseberichten die Amtsgerichte mit 5 181 Firmenneueintragungen 5,3 % weniger als im selben Vorjahresmonat und sogar 13,4 % weniger als im ersten Monat 1994. Insbesondere der Dienstleistungssektor und der Handel verzeichneten Rückgänge. Dort gingen die Neuanmeldungen um 343 auf 2 303 bzw. um 161 auf 1 400 zurück. Die Bundesregierung hat im „Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze“ erklärt, daß zumeist in neugegründeten Unternehmen und im Mittelstand Arbeitsplätze entstünden.

1. Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um diesen Trend schnellstens umzukehren?

Der von der Gruppe der PDS beschriebene Abwärtstrend der Zahl der Unternehmensgründungen kann von der Bundesregierung auf der Basis vorhandener statistischer Daten nicht nachvollzogen werden. Es ist hier zum einen nicht nachvollziehbar, aufgrund welcher Recherchen die im Vorspann zur Kleinen Anfrage erwähnten Zahlen und Prozentrechnungen zustandegekommen sind. Zum anderen sind Monatsstatistiken der Handelsregistereintragungen wenig aussagefähig, da sie starken zufallsbedingten Schwankungen unterliegen und nicht nur Unternehmensneugründungen widerspiegeln.

Der Verband der Vereine Creditreform schätzt aufgrund vorläufiger Jahreszahlen der Registereintragungen und der Gewerbemeldungen für 1995 gegenüber 1994 eine leichte Zunahme der Zahl der Gründungen für Gesamtdeutschland. Das Bonner Institut für Mittelstandsforschung hat bereits (vorläufig) konkrete Zahlen für 1995 vorgelegt:

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 2. April 1996 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

	1994	1995
Gründungen West	419 000	448 000
Gründungen Ost	74 000	76 000

Die Bundesregierung sieht zudem das Gründungspotential in Deutschland keineswegs als erschöpft an. Der Jahreswirtschaftsbericht 1996 der Bundesregierung und das Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze zielen daher mit konkreten Maßnahmen auf eine Stärkung der Selbständigkeit in Deutschland ab.

2. Welche Maßnahmen sollen dazu beitragen, daß neue Firmen wettbewerbsfähig werden, sich am Markt behaupten und sichere Arbeitsplätze schaffen?

Das erwähnte Aktionsprogramm der Bundesregierung für Investitionen und Arbeitsplätze enthält zahlreiche zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit neuer Unternehmen. Damit werden bereits früher beschlossene und bestehende Maßnahmen wirkungsvoll ergänzt. Die Förderung der Existenzgründungsberatung, das Eigenkapitalhilfeprogramm, die ERP-Programme, der Eigenkapitalfonds Ost sowie die Bürgschafts- und Eigenmittelprogramme der Förderinstitute des Bundes (Deutsche Ausgleichsbank, Kreditanstalt für Wiederaufbau) tragen zur Förderung selbständiger Existenzen und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit selbständiger Unternehmen entscheidend bei.

3. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für die Rückgänge vor allem auf dem Dienstleistungssektor und dem Handel?

Im Dienstleistungssektor hat das Gründungsgeschehen zwar etwas an Dynamik verloren, dennoch übersteigen auch hier die Unternehmensgründungen die Zahl der Marktaustritte von Dienstleistungsunternehmen nach wie vor. Deshalb erhöhte sich auch der Bestand an Dienstleistungsunternehmen (ohne Handel) einschließlich der freiberuflichen Existenzen im Zeitraum von 1992 bis 1995 im gesamten Bundesgebiet um nahezu 340 000 auf nun 1,3 Millionen.

In Ostdeutschland nahm der Unternehmensbestand 1994/95 um weitere ca. 20 000 neue selbständige Existenzen zu, obwohl erwartungsgemäß der einigungsbedingte Gründungsboom sich etwas abschwächte. Mit einem Anteil von 57,5 % oder 11 500 Neugründungen liegt der Dienstleistungsbereich (ohne Handel) deutlich an der Spitze des gesamten Gründungsgeschehens in den neuen Ländern. Insgesamt verfügen die neuen Länder damit im Dienstleistungssektor über einen Unternehmensbestand von 189 000.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß das Unternehmensgründungsgeschehen auch weiterhin im Dienstleistungsbereich besonders ausgeprägt sein wird. Zu einem guten Teil werden dies vor allem solche Dienstleistungen sein, die für den Strukturwan-

del eine besonders wichtige Rolle spielen, wie z. B. die unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Mit dem Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze hat die Bundesregierung einen Weg aufgezeigt, auf dem sich eine Erneuerung und Festigung der mittelständischen Unternehmensstrukturen im Dienstleistungssektor erreichen läßt und durch den notwendige Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung ausgelöst werden können.

Was den Handel angeht, so gibt es keine gesicherten statistischen Erkenntnisse über einen Rückgang der Existenzgründungen. Eine Abschwächung könnte im Zusammenhang stehen mit der Stagnation der Einzelhandelsumsätze bzw. sogar realen Rückgängen. Im intensiven Wettbewerb achten die Verbraucher zunehmend auf den Preis. Potentiell erschwert werden dadurch Existenzgründungen, die sich am Markt gegenüber dem etablierten Einzelhandel durchsetzen müssen. Dies gilt auch vor allem deshalb, weil die z. Z. noch bestehende starre Ladenschlußregelung insbesondere für Nischenstrategien bezüglich kundenfreundlicher Öffnungszeiten keinen Spielraum läßt.

In den neuen Ländern ist nach dem Existenzgründungsboom 1991/92 im Handel eine rückläufige Entwicklung, gemessen an den Gewerbeanmeldungen, eingetreten; dennoch gab es auch 1995 mehr Gewerbeanmeldungen als -abmeldungen. Insbesondere mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für den innerstädtischen Handel durch die Einbeziehung in die 10%ige mittelstandsbezogene Investitionszulagenförderung sind die Voraussetzungen für eine weitere moderate Gründungsentwicklung im Handel gegeben.

4. Wie entwickelt sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Zahl der Existenzgründungen in den neuen Bundesländern?

Nach den vorliegenden, in der Antwort auf Frage 1 genannten Zahlen hat der Gründungsboom, der durch die Vereinigung ausgelöst wurde und in dem viele Bürger die in der DDR früher nicht mögliche Gründung eines selbständigen Unternehmens quasi nachgeholt haben, 1995 nachgelassen. Die Entwicklung hat sich beim Vergleich mit den alten Bundesländern normalisiert.

Strukturelle Gründe für erhebliche Unterschiede in der Existenzgründungsentwicklung alte/neue Länder sind – mit Ausnahme weniger Branchen – nicht mehr ersichtlich.

5. Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen dem Rückgang der Existenzgründungen im Januar 1996 und dem Anstieg der Insolvenzen im vergangenen Jahr?

Wie bereits zu Frage 1 geantwortet, sprechen die bisher für 1995 vorliegenden Zahlen für ein weiter hohes Niveau der Existenzgründungen. Unbestritten ist jedoch der Anstieg der Insolvenzen im Jahre 1995.

Die Zusammenhänge zwischen Gründungs- und Insolvenzrate entziehen sich einer einfachen Analyse. Wie bereits die Antwort der Bundesregierung vom 22. September 1995 auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zu „Insolvenzen in der deutschen Wirtschaft“ (Drucksache 13/2416) beschreibt, ist die derzeitige Insolvenzentwicklung zu einem guten Teil konjunkturell bedingt. Möglich erscheint auch ein – allerdings nicht linearer – Einfluß der Konjunktur auf das Existenzgründungsgeschehen. Sichere Kenntnisse dazu liegen aber nicht vor.